

Für Atomkraftumlage

Energiewende – Initiative Atomausstieg ist sich mit SPD-Bundestagsabgeordnetem einig



Zu einem Meinungsaustausch trafen Mitglieder der Initiative Atomausstieg mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Gerold Reichenbach zusammen.

GROSS-GERAU.

Mit Gerold Reichenbach, Mitglied der AG Energie in der SPD-Bundestagsfraktion, sei man sich bei einem Gespräch in fast allen Punkten zur Fortführung einer ehrlichen Energiewende einig gewesen, schreibt die Initiative Atomausstieg in einer Pressemitteilung.

In den vergangenen Jahren seien große Energieverbraucher, von denen die allermeisten nicht im internationalen Wettbewerb stünden, überproportional entlastet worden, während kleine Firmen und Privatleute die Kosten allein tragen müssten. Nur ein Achtel der Strompreissteigerungen der vergangenen zehn Jahre gehe auf das Konto der erneuerbaren Energien. Die enormen Kürzungen bei der Solarförderung hätten den Bau von Solaranlagen zum „Drauflegegeschäft“ werden lassen, mehr als 50 000 Arbeitsplätze im Solarhandwerk vernichtet und Deutschland die weltweite Marktführerschaft gekostet.

Energiegenossenschaften würde die Geschäftsgrundlage entzogen und die demokratische Bürgerenergie wende so verhindert. Reichenbach schlug eine Atomkraftumlage statt einer EEG-Umlage vor, damit deutlich werde, in welchem Maße diese Energieform die Bürger belaste.

Damit alte Braun- und Steinkohlekraftwerke stillgelegt würden, die Umwelt nicht weiter belasteten und die Stromnetzte verstopften, müssten die Kohlendioxid-Zertifikate erheblich verknappt und verteuert werden. Sonst hätten sie keinen regulierenden Effekt, heißt es weiter in der Mitteilung. Gerold Reichenbach bezweifelte allerdings, dass sich dies in einer Großen Koalition durchsetzen lasse.

19.11.2013

<http://www.echo-online.de/region/gross-gerau/gross-gerau/Fuer-Atomkraftumlage;art1253,4478058>